

Insolvenzen Neugründungen Löschungen

■ Jahr 2005

Eine Untersuchung zur
Unternehmensentwicklung
der Creditreform Wirtschafts-
und Konjunkturforschung



Creditreform

INHALT

SEITE

1	Insolvenzen	1
1.1	Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahre 2005	1
1.2	Private Überschuldung und Verbraucherinsolvenzen	3
1.3	Insolvenzen im konjunkturellen Umfeld	7
1.4	Insolvenzen und die Schäden	16
1.5	Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen	18
1.6	Finanzierung und Insolvenzen	19
1.7	Große Firmeninsolvenzen	22
2	Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen	26
2.1	Gründungsbilanz	26
2.2	Wirtschaftsaktivität und Beschäftigung	30
2.3	Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen und Bundesländern	32
3	Zusammenfassung	35

■ **1 Insolvenzen**
1.1 Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahre 2005

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland ist das zweite Jahr in Folge rückläufig: 37.900 Betriebe gehen im Jahr 2005 in die Insolvenz – das sind 3,5 Prozent oder 1.370 Unternehmen weniger als noch ein Jahr zuvor.

Insgesamt steigen die Gesamtinsolvenzen auf ein all-time-high von 136.300 Fällen von Unternehmens- und Privatpleiten sowie überschuldeten Nachlässen an. Allein 66.400 Verbraucher stellen einen Antrag auf Restschuldbefreiung – das entspricht einem Zuwachs um 35,2 Prozent. Die sonstigen Insolvenzen, die sich zusammensetzen aus den natürlichen Personen als Gesellschafter, den ehemals Selbstständigen und den überschuldeten Nachlässen, Stiftungen und Vereinen, steigen um 7,1 Prozent auf insgesamt 32.000 Fälle an.

Leichte Rückgänge der Unternehmensinsolvenzen ...

Tab. 1: Insolvenzverfahren in Deutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	33.870	- 0,3%	26.620	- 4,3%	2.450	-	4.800	-
2000	41.780	+ 23,4%	27.930	+ 4,9%	10.360	+ 322,9%	3.490	- 27,3%
2001	49.510	+ 18,5%	32.390	+ 16,0%	13.490	+ 30,2%	3.630	+ 4,0%
2002	84.330	+ 70,3%	37.620	+ 16,1%	21.520	+ 59,2%	25.190	+ 593,9%
2003	100.350	+ 19,0%	39.470	+ 4,9%	33.510	+ 55,7%	27.370	+ 8,7%
2004	118.260	+ 17,8%	39.270	- 0,5%	49.100	+ 46,5%	29.890	+ 9,2%
2005 *)	136.300	+ 15,3%	37.900	- 3,5%	66.400	+ 35,2%	32.000	+ 7,1%

*) von Creditreform geschätzt

***) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen hat sich in den letzten elf Jahren mehr als verdoppelt, wie der Langzeitchart verdeutlicht. Nach einer Zäsur in den Jahren 1998 bis 2000 stiegen die Insolvenzen weiter an und erreichten im Jahr 2003 ihren Höhepunkt mit knapp 40.000 betroffenen Firmen.



Anders als in den Jahren zuvor, verzeichnet nun auch Westdeutschland einen Rückgang der Unternehmensinsolvenzen: Um 4,6 Prozent auf 28.700 betroffene Betriebe sank die Zahl der Unternehmen, die ihren wirtschaftlichen Zusammenbruch bei den Gerichten in Deutschland melden. Im Jahr zuvor waren noch 30.080 insolvente Unternehmen zu zählen. Die Verbraucherinsolvenzen steigen ungebrochen an, allerdings verlangsamt sich die Zunahme im Vergleich zu den Vorjahren. Waren 2003 und 2004 noch Steigerungsraten von über 50 Prozent zu beobachten, liegt die aktuelle Zuwachsrate bei 24,1 Prozent und insgesamt 51.900 Fällen. Die Zahl der Gesamtinsolvenzen durchbricht erstmals die 100.000er-Grenze: 103.200 Insolvenzfälle bedeuten einen Anstieg um 13,8 Prozent im Vergleich zu 2004.

**... starke Zugänge bei den
Privatinsolvenzen**

Tab. 2: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	25.110	- 0,2%	19.050	- 4,2%	2.030	-	4.030	-
2000	29.590	+ 17,8%	18.120	- 4,9%	8.990	+ 342,9%	2.480	- 38,5%
2001	36.010	+ 21,7%	21.750	+ 20,0%	11.150	+ 24,0%	3.110	+ 25,4%
2002	62.940	+ 74,8%	26.550	+ 22,1%	18.240	+ 63,6%	18.150	+ 483,6%
2003	76.520	+ 21,6%	29.650	+ 11,7%	27.740	+ 52,1%	19.130	+ 5,4%
2004	90.680	+ 18,5%	30.080	+ 1,5%	41.820	+ 50,8%	18.780	- 1,8%
2005 *)	103.200	+ 13,8%	28.700	- 4,6%	51.900	+ 24,1%	22.600	+ 20,3%

*) von Creditreform geschätzt

***) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

In den Jahren 2003 und 2004 – als Westdeutschland noch einen deutlichen Zuwachs der Unternehmensinsolvenzen zu verbuchen hatte – verzeichneten die ostdeutschen Unternehmen einen Rückgang der Pleiten. Umso erstaunlicher ist die aktuelle Entwicklung in den neuen Bundesländern, die erstmals seit dem Jahr 2002 wieder einen – zwar nur sehr leichten – Anstieg aufweist: Um 0,1 Prozent auf 9.200 Fälle stieg die Zahl der Zusammenbrüche in den neuen Bundesländern an (Vorjahr: 9.190). Verantwortlich dafür sind die beiden Bundesländer Sachsen und Thüringen, die – als einzige Länder in Ostdeutschland – einen Anstieg der Unternehmenskonkurse verzeichnen.

Osten verliert weiter an Boden

Tab. 3: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	8.760	- 0,6%	7.570	- 4,7%	420	-	770	-
2000	12.190	+ 39,2%	9.810	+ 29,6%	1.370	+ 226,2%	1.010	+ 31,2%
2001	13.500	+ 10,7%	10.640	+ 8,5%	2.340	+ 70,8%	520	- 48,5%
2002	21.390	+ 58,4%	11.070	+ 4,0%	3.280	+ 40,2%	7.040	+ 1253,8%
2003	23.830	+ 11,4%	9.820	- 11,3%	5.770	+ 75,9%	8.240	+ 17,0%
2004	27.580	+ 15,7%	9.190	- 6,4%	7.280	+ 26,2%	11.110	+ 34,8%
2005 *)	33.100	+ 20,0%	9.200	+ 0,1%	14.500	+ 99,2%	9.400	- 15,4%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Insgesamt stieg die Zahl der Insolvenzen in Ostdeutschland um ein Fünftel auf 33.100 betroffene Unternehmen und Privatpersonen an. Insbesondere die Verbraucherinsolvenzen legten deutlich zu: 14.500 Personen meldeten im Jahr 2005 ihre private Insolvenz an, was einer Steigerung um fast 100 Prozent entspricht (99,2 Prozent; Vorjahr: 7.280 Verbraucherinsolvenzen).

1.2 Private Überschuldung und Verbraucherinsolvenzen

Die Finanzsituation von Privatpersonen verschlechtert sich kontinuierlich, die Insolvenzentwicklung ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Über 3,1 Millionen Privathaushalte gelten mittlerweile als überschuldet. Mit an-

deren Worten: Bei mehr als 8 Prozent der deutschen Haushalte decken die regelmäßigen Einnahmen die dagegen stehenden Ausgaben nicht mehr.

Eine aktuelle Analyse, erstellt von den Creditreform-Tochterfirmen CEG und microm, untersucht das dritte Jahr in Folge, wie sich die Verschuldungssituation innerhalb Deutschlands kleinräumig verteilt. Mit Hilfe der Analyse können Schuldnerquoten (Personen mit Negativmerkmalen im Verhältnis zu allen Personen ab 18 Jahren) auf Basis von Bundesländern bis hin zu Straßenabschnitten dargestellt werden.

Die Negativmerkmale setzen sich zusammen aus den aktuell vorliegenden juristischen Negativmerkmalen (Privatpersoneninsolvenz), den unstrittigen Inkassofällen der Organisation Creditreform gegenüber Privatpersonen und den negativen Zahlungserfahrungen der CEG Poolteilnehmer.

Über die gesamte Bundesrepublik ergibt sich zum Stichtag 01.10.2005 eine Schuldnerquote von 10,4 Prozent, d. h. mehr als jeder zehnte erwachsene Einwohner Deutschlands ist verschuldet (der Hypothekenbereich wird hier nicht mitgezählt).

Der nominelle Anstieg der Schuldnerquote von 9,7 Prozent in 2004 auf 10,4 Prozent ist weitestgehend auf die erstmalige Verschuldung weiterer Personen zurück zu führen und spiegelt damit die Verschlechterung wider.

Die Analyse zeigt, dass erwartungsgemäß die Schuldnerquoten generell in den Ballungsräumen höher sind als in ländlichen Regionen. Auf Bundesländerebene fällt die Spreizung der Schuldnerquote relativ gering aus. Im positiven Sinne führend ist hier, wie im Vorjahr, Bayern mit 7,6 Prozent vor Baden-Württemberg mit 7,9 Prozent. Diese beiden Bundesländer haben auch den geringsten Zuwachs verzeichnet. Sachsen folgt mit deutlichem Abstand (9,5 Prozent) auf Platz drei. Die Schlusslichter bilden, wie im Vorjahr, aber in umgekehrter Reihenfolge, die Länder Bremen (14,5 Prozent) und Berlin (14,7 Prozent).

Weitere Verschuldung von Privatpersonen

Deutlich interessanter wird die Betrachtung, wenn man einen kleinflächigeren Ansatz wählt. Auf Kreisebene werden neun der Top-Ten Positionen von bayerischen Landkreisen eingenommen. Wie in 2004 befindet sich der Mittlere Erzgebirgskreis (in Marienberg) mit 6,1 Prozent als einziger Kreis der neuen Bundesländer unter den Top 30 Kreisen (Rang 23). Spitzenreiter in Deutschland ist, wie im Vorjahr, der Kreis Eichstätt. Hier beträgt die Negativquote bei etwa 95.100 Personen über 18 Jahren nur 4,3 Prozent. Dieser Kreis hat auch mit 0,1 Prozentpunkten eine der geringsten Zuwachsraten zwischen 2004 und 2005 erzielt.

Unterschiede der Regionen

Betrachtet man die Stadtkreise, so sind inzwischen Erlangen mit 7,1 Prozent und Heidelberg mit 7,3 Prozent die Städte mit den zahlungsfähigsten Einwohnern. Schlusslicht unter den deutschen Kreisen sind wie im Vorjahr die Stadt Bremerhaven mit 19,6 Prozent vor Offenbach am Main mit 18,3 Prozent. Während also nur jeder 14te erwachsene Erlanger und Heidelberger Einwohner Schulden hat, ist es in Bremerhaven fast jeder fünfte – im Landkreis Eichstätt nur jeder 23ste.

Mit Einführung der Stundungslösung im Verbraucherinsolvenzverfahrensbereich Ende 2001 explodierten die Anträge auf Restschuldbefreiung – ein Ende ist bislang nicht abzusehen. Das verdeutlicht auch die Anstiegsrate bei den Verbraucherinsolvenzverfahren in Ostdeutschland, die mit fast 100 Prozent noch einmal deutlich über der des Vorjahres liegt.

Das wesentliche Defizit der aktuellen Regelung ist die langwierige und letztlich überflüssige Durchführung eines Insolvenzverfahrens auch in den zahlreichen Fällen, bei denen von vornherein feststeht, dass eine auch nur minimale Gläubigerbefriedigung ausgeschlossen ist: Nach Angaben des Bundesjustizministeriums sind in mehr als 80 Prozent der Verfahren die Schuldner völlig mittellos; das eigentliche Ziel der Insolvenzordnung – eine bestmögliche Gläubigerbefriedigung – wird verfehlt.

Bestrebungen, das Verbraucherinsolvenzverfahren erneut zu reformieren, um es effizienter und insbeson-

dere kostengünstiger zu gestalten, gibt es bereits seit längerem. Im September 2004 wurde ein Referentenentwurf zur Novellierung der InsO vorgelegt. Das Justizministerium in Bayern erarbeitete daraufhin ein Positionspapier (siehe „Insolvenzen, Neugründungen und Löschungen, Jahr 2004“), das zur Zurückstellung des Referentenentwurfes und zur Einsetzung einer „Bund-Länder-Arbeitsgruppe“ führte, die nun einen Zwischenbericht vorgelegt hat, der als Wegweiser für die zu erwartenden Neuregelungen angesehen werden kann.

Danach soll es künftig zwei unterschiedliche Verfahren geben: Schuldner, die über ein pfändbares Einkommen und/oder Vermögen verfügen, das für die Befriedigung der Gläubiger eingesetzt werden kann, sollen weiterhin ein Insolvenzverfahren durchlaufen und nach sechs Jahren die Restschuldbefreiung erlangen können. Die Frage, ob eine Restschuldbefreiung nur dann erteilt wird, wenn eine Mindestquote zur Befriedigung der Gläubiger angeboten werden kann – zum Beispiel 10 Prozent der bestehenden Forderungen – wurde noch nicht abschließend geklärt. Voraussichtlich soll die Länge der Wohlverhaltensperiode von der Höhe der Quote abhängen, um einen Anreiz für Schuldner zu schaffen. Bei einer Gläubigerbefriedigungsquote von 20 Prozent soll sich die Wohlverhaltensperiode auf vier Jahre reduzieren und bei 40 Prozent auf zwei Jahre.

In den übrigen Fällen, wenn also der Schuldner nicht genügend Vermögen und kaum pfändbares Einkommen hat, so dass die Verfahrenskosten nicht aufgebracht werden können, soll kein Insolvenzverfahren mehr durchgeführt werden. Die Stundungsregelung wird abgeschafft. Diese Schuldner sollen nach der zu erwartenden Gesetzesänderung ein so genanntes „Entschuldungsverfahren“ durchlaufen. Dieses Entschuldungsverfahren soll ein gewisses „Lästigkeitspotenzial“ für die Betroffenen entfalten, um sie zu motivieren, möglichst ein Restschuldbefreiungsverfahren anzustreben. Zwangsvollstreckungen etwa bleiben im Entschuldungsverfahren uneingeschränkt möglich, im Insolvenzverfahren sind sie unzulässig. Auch in zeitli-

cher Hinsicht gibt es Restriktionen: Die Laufzeit des Entschuldungsverfahrens soll acht Jahre betragen, im Gegensatz zu bisher sechs Jahren. Noch ein erheblicher Unterschied zum Insolvenzverfahren: Der Schuldner wird nur von solchen Forderungen befreit, die er selbst angegeben hat. Werden Forderungen im Verzeichnis nicht aufgeführt, wird er von ihnen auch nicht befreit. Bislang ist es so, dass auch die Gläubiger, die der Schuldner in seinem Schuldenbereinigungsplan nicht genannt hat und denen daher weder der Plan noch die Verfahrenseröffnung bekannt war, ihre Forderungen verlieren, wenn sie Insolvenzgläubiger waren.

Handlungsbedarf besteht

Tab. 4: Private Insolvenzen in Deutschland

■	2005 *)	2004	Veränd. in Prozent
Verbraucher	66.400	49.100	+ 35,2
ehemals Selbstständige	25.600	23.220	+ 10,2
Sonstige	6.400	6.670	- 4,0
Gesamt	98.400	78.990	+ 24,6

*) von Creditreform geschätzt

Die Schuldnerberatungsstellen laufen Sturm gegen die Vorschläge der Bund-Länder-Arbeitsgruppe und befürchten die Entstehung eines Zwei-Klassen-Rechts mit einer Ausgrenzung derer, die eine Entschuldung am nötigsten hätten.

Ob die Vorschläge tatsächlich geltendes Recht werden, steht noch nicht fest. Dafür spricht allerdings, dass es sich um Überlegungen der von den Justizministern beauftragten Arbeitsgruppe handelt und bereits Gesetzesformulierungen beraten werden.

1.3 Insolvenzen im konjunkturellen Umfeld

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im dritten Quartal 2005 gegenüber dem Vorquartal – preis-, saison- und kalenderbereinigt – um 0,6 Prozent gestiegen, nachdem sich die Wirtschaftsleistung im ersten und zweiten Quartal um 0,6 beziehungsweise um 0,2 Prozent erhöht hatte. Positive Wachstumsimpulse kamen im drit-

Moderate Besserungen

ten Quartal 2005 vom weiterhin dynamischen Außenhandel: Die Exporte legten im Vergleich zum Vorquartal kräftig zu (plus 4,7 Prozent) und sorgten bei ebenfalls gestiegenen Importen (plus 4,4 Prozent) für die wirtschaftliche Belebung. Obwohl die privaten Konsumausgaben das dritte Quartal in Folge zurückgingen (minus 0,2 Prozent), kamen auch aus dem Inland – dank kräftig gestiegener Investitionen – positive Wachstumsimpulse: So wurde nicht nur in Ausrüstungen wiederum deutlich mehr investiert als im Vorquartal (plus 3,8 Prozent), sondern auch die Investitionen in Bauten wiesen erstmals seit sechs Jahren ein Plus von mehr als einem Prozentpunkt auf (plus 1,1 Prozent).

Für 2006 rechnet der Sachverständigenrat mit einem Wachstum des BIP von 1,0 Prozent – immer noch zu wenig, um eine durchgreifende Wende am Arbeitsmarkt und bei der Unternehmensstabilität herbeizuführen.

Tab. 5: Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen 2005 *)

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenzaufkommen	%-Steigerung gegenüber dem Vorjahr
Verarb. Gew.			
West	2.270 (2.460)	7,9 (8,2)	- 7,7
Ost	720 (800)	7,8 (8,7)	- 10,0
Deutschland	2.990 (3.260)	7,9 (8,3)	- 8,3
Bau			
West	5.010 (5.360)	17,5 (17,8)	- 6,5
Ost	2.440 (2.570)	26,5 (28,0)	- 5,1
Deutschland	7.450 (7.930)	19,7 (20,2)	- 6,1
Handel			
West	7.270 (7.310)	25,3 (24,3)	- 0,5
Ost	2.110 (2.020)	22,9 (22,0)	+ 4,5
Deutschland	9.380 (9.330)	24,7 (23,8)	+ 0,5
Dienstleist.			
West	14.150 (14.950)	49,3 (49,7)	- 5,4
Ost	3.930 (3.800)	42,7 (41,3)	+ 3,4
Deutschland	18.080 (18.750)	47,7 (47,7)	- 3,6
Gesamt			
West	28.700 (30.080)	100,0 (100,0)	- 4,6
Ost	9.200 (9.190)	99,9 (100,0)	+ 0,1
Deutschland	37.900 (39.270)	100,0 (100,0)	- 3,5

*) von Creditreform geschätzt, () = Vorjahresangaben

Im Zusammenhang mit den Exporten übernimmt das Verarbeitende Gewerbe die Funktion einer Konjunktur-

lokomotive der deutschen Wirtschaft. Das spiegelt sich auch in den Insolvenzzahlen dieses Hauptwirtschaftsbereiches wider: Um 8,3 Prozent – also deutlich mehr als in Gesamtdeutschland – nahmen die Insolvenzen des Verarbeitenden Gewerbes ab; in Ostdeutschland sogar um 10,0 Prozent. Insgesamt gingen knapp 3.000 Betriebe (2.990; Vorjahr: 3.260) aus dem Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2005 in die Insolvenz.

Selbst vom Bau gibt es positive Signale: Hier sank die Zahl der Insolvenzen um 6,1 Prozent auf 7.450 betroffene Unternehmen (Vorjahr: 7.930). Nach Angaben des Hauptverbands der deutschen Bauindustrie verbuchten die Bauunternehmen zwischen Mai und Juli dieses Jahres ein Auftragsplus von 1,3 Prozent. Und auch auf der Angebotsseite gibt es Entlastung: Seit 2003 sinkt die Zahl der ausländischen Bauarbeiter und damit der Niedriglohnkonkurrenz auf deutschen Baustellen schneller als die Zahl der inländischen Beschäftigten. Dennoch reichen die Impulse, die insbesondere vom Wirtschaftsbau ausgehen, noch nicht aus, um die weiter rückläufigen Umsätze im Wohnungs- und öffentlichen Bau zu kompensieren, kommentiert das DIW. Für 2006 rechnet man dort deshalb mit weiter rückläufigen Umsätzen.

Die Insolvenzen im Handel laufen entgegengesetzt zum allgemeinen Trend und verzeichnen einen weiteren Anstieg der Fälle um 0,5 Prozent auf 9.380 betroffene Unternehmen. Verantwortlich für die Zunahme sind die insolventen Betriebe des ostdeutschen Handels, die eine Zunahme um 4,5 Prozent verzeichnen. In Westdeutschland ist hingegen eine leichte Abnahme um 0,5 Prozent zu konstatieren. „Der deutsche Einzelhandel bleibt ein krisengeschüttelter Wirtschaftszweig“ stellte Herrmann Franzen, Präsident des Hauptverbandes des deutschen Einzelhandels, Ende September fest. Lediglich Baumärkte, Möbelhändler und Geschäfte mit Unterhaltungselektronik entwickelten sich in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres positiv. Weil insgesamt weniger Weihnachtsgeld bezahlt würde, hege man auch keine Hoffnungen auf das bevorstehende Weihnachtsgeschäft, so der HDE.

Wenig Hoffnung für den Handel

Trotz der anhaltenden Konsumschwäche entwickeln sich die Insolvenzen im Dienstleistungsbereich rückläufig: Um 3,6 Prozent auf 18.080 betroffene Unternehmen sank die Zahl im Jahresverlauf. Die Dienstleister der Informationsgesellschaft verzeichnen seit zwei Quartalen eine sehr gute konjunkturelle Entwicklung, wie der aktuelle Dienstleistungsreport, den Creditreform zusammen mit dem ZEW (Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung) herausgibt, darstellt.

Tab. 6: Risikoquoten nach den Hauptwirtschaftsbereichen in Deutschland 2005

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Verarbeitendes Gewerbe	82
Baugewerbe	235
Handel	134
Dienstleistungen	118
Gesamt	130
hierunter:	
Westdeutschland	119
Ostdeutschland	180

*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank und Umsatzsteuerstatistik

Die Tabelle der Risikoquoten der vier Hauptwirtschaftsbereiche relativiert die guten Entwicklungen im Bau wieder: Noch immer stellt diese Branche mit 235 Pleiten je 10.000 existenten Betrieben den größten Anteil an den Insolvenzen. Auch der Handel liegt mit 134 Insolvenzen pro 10.000 Betrieben über dem gesamtdeutschen Schnitt von 130. Demgegenüber sind die Dienstleister mit 118 Insolvenzen pro 10.000 Betriebe nur unterdurchschnittlich betroffen. Es zeigt sich, dass ostdeutsche Unternehmen nach wie vor mit einem höheren Insolvenzrisiko behaftet sind als die westdeutschen. Während im Westen von 10.000 bestehenden Betrieben durchschnittlich 119 in die Insolvenz gehen, sind es im Osten noch immer 180. Im Jahr 2004 waren es im Osten 184 und im Westen 125 Unternehmen.

Tab. 7: Risikobehaftete Branchen in Deutschland

■	Insolvenz- quote
<u>Verarbeitendes Gewerbe</u>	
Stahl- und Leichtmetallbau	305
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	292
Herstellung von Backwaren (ohne Konditor- und Dauerbackwaren)	287
<u>Bau</u>	
Abbruch-, Spreng- und Entrümmerungsgewerbe,	780
Fassadenreinigung	684
Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	582
<u>Handel</u>	
sonstiger Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	489
Einzelhandel mit Unterhaltungszeitschriften und Zeitungen	489
Einzelhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln	476
<u>Dienstleistung</u>	
Diskotheken und Tanzlokale	618
private Kurierdienste	588
erlaubnisfreier und freigestellter Straßengüterverkehr	568

Insolvenzquote = Insolvenzen je 10.000 Unternehmen einer Branche

Schnellebige Branchen

Tabelle 7 zeigt für jeden Hauptwirtschaftsbereich die Branchensektoren, die eine besonders hohe Insolvenzquote aufweisen.

Den höchsten Anteil am Insolvenzaufkommen haben Betriebe mit einem jährlichen Umsatzvolumen zwischen 500.000 und 5,0 Millionen Euro. 2005 meldeten 12.740 Unternehmen dieser Umsatzgrößenklasse Insolvenz an, das sind 33,6 Prozent des gesamten Insolvenzaufkommens (Vorjahr: 34,7 Prozent). Zugenommen hat – wie auch schon im letzten Jahr – der Anteil an Mikrobetrieben mit einer Umsatzgröße bis 100.000 Euro, die Konkurs anmelden mussten und zwar von 18,4 Prozent im Jahr 2004 auf aktuell 20,3 Prozent – das entspricht 7.690 Unternehmen (Vorjahr: 7.220).

**Tab. 8: Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen 2005 *)
für Gesamtdeutschland in Mio. Euro**

■	absolut	%-Anteil
bis 0,1	7.690 (7.220)	20,3 (18,4)
> 0,1 – 0,25	8.760 (9.150)	23,1 (23,3)
> 0,25 – 0,5	6.970 (7.300)	18,4 (18,6)
> 0,5 – 5,0	12.740 (13.630)	33,6 (34,7)
> 5,0 – 25,0	1.550 (1.690)	4,1 (4,3)
> 25,0 – 50,0	110 (160)	0,3 (0,4)
> 50,0	80 (120)	0,2 (0,3)
Gesamt	37.900 (39.270)	100,0 (100,0)

*) Creditreform-Schätzung, () = Vorjahresangaben

**Zunahme bei den
Mikrobetrieben**

Insolvenzgefährdet sind Betriebe insbesondere in den ersten sechs Jahren ihres Bestehens: 45,5 Prozent der Insolvenzen werden von Unternehmen beantragt, die jünger als sechs Jahre sind. Im letzten Jahr waren es 46,8 Prozent. Erhöht hat sich die Zahl der insolventen Betriebe, die seit mehr als zehn Jahren am Markt agieren. Stellten sie im vergangenen Jahr noch 33,8 Prozent der Insolvenzen, sind es aktuell 34,1 Prozent.

Tab. 9: Insolvenzen nach Unternehmensalter 2005

■	West	Ost	Deutschland
0 bis 2 Jahre	15,6 (14,7)	13,1 (12,3)	15,0 (14,2)
3 bis 4 Jahre	16,4 (17,4)	15,5 (17,6)	16,2 (17,5)
5 bis 6 Jahre	14,2 (14,8)	14,8 (15,9)	14,3 (15,1)
7 bis 8 Jahre	18,9 (10,4)	12,8 (11,6)	11,3 (10,7)
9 bis 10 Jahre	8,5 (8,3)	10,9 (11,0)	9,0 (8,9)
über 10 Jahre	34,5 (34,4)	32,9 (31,5)	34,1 (33,8)

Angaben in Prozent, () = Vorjahresangaben

Tabelle 10 zeigt am Beispiel eines im Jahre 1999 gegründeten Unternehmens die Überlebenswahrscheinlichkeit in den einzelnen Hauptwirtschaftsbereichen. Nur 0,03 Prozent der im Jahre 1999 gegründeten Handelsunternehmen mussten bereits im ersten Jahr die Segel streichen – im Bau sind es hingegen 0,18 Prozent. Nach sechs Jahren sind bereits 27,08 Prozent der 1999 gegründeten Baubetriebe in der Insolvenz. Im Verarbeitenden Gewerbe sind es immerhin noch 14,87 Prozent – das „gefährlichste“ Jahr ist hier

das vierte nach der Gründung: 3,25 Prozent gehen in Konkurs. Als relativ insolvenzfest erweist sich die Dienstleistungsbranche – nach sechs Jahren des Bestehens sind noch 90,54 Prozent der im Jahre 1999 gegründeten Unternehmen am Markt.

Sterbetafeln für Unternehmensgründer

**Tab. 10: Insolvenzentwicklung in den Hauptwirtschaftsbereichen für die Jahre 1999 bis 2005
(Basis: Unternehmensgründung im Jahr 1999)**

■	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel	Dienst- leistung
1999	0,09	0,18	0,03	0,04
2000	1,93	3,17	0,96	0,71
2001	2,87	6,52	2,22	1,84
2002	2,45	6,18	2,53	2,15
2003	3,25	4,89	2,52	2,02
2004	2,66	3,80	1,93	1,66
2005 *)	1,62	2,34	1,26	1,04
Summe	14,87	27,08	11,45	9,46

Angaben in Prozent

*) im Jahr 2005 wurden die Insolvenzen bis Oktober berücksichtigt

Der Anteil an den Insolvenzen der Unternehmen mit bis zu fünf Beschäftigten erhöhte sich im Jahresverlauf um 1,6 Prozentpunkte auf 75,2 Prozent. Abgenommen haben die Konkurse hingegen bei den größeren Mittelständlern: In der Beschäftigtengrößenklasse zwischen 51 und 100 Personen um 0,1 Prozentpunkte auf 1,3 Prozent und in der Beschäftigtengrößenklasse über 100 Personen um 0,2 Prozentpunkte auf 0,7 Prozent.

Tab. 11: Beschäftigtenzahl insolventer Unternehmen

■	West	Ost	Deutschland
1 – 5 Personen	75,7 (74,0)	73,2 (71,8)	75,2 (73,6)
6 – 10 Personen	10,8 (11,4)	12,9 (12,9)	11,3 (11,7)
11 – 20 Personen	6,8 (7,5)	8,0 (8,3)	7,0 (7,7)
21 – 50 Personen	4,4 (4,7)	4,5 (5,2)	4,5 (4,8)
51 – 100 Personen	1,4 (1,5)	1,0 (1,3)	1,3 (1,4)
> 100 Personen	0,8 (1,0)	0,4 (0,5)	0,7 (0,9)

Angaben in Prozent, () = Vorjahresangaben

Konform mit den Angaben zu den Beschäftigtengrößenklassen entwickeln sich auch die Zahlen zur

Rechtsform: Kleingewerbetreibende dominieren das Insolvenzgeschehen und legten im Jahresverlauf noch einmal zu: 48,6 Prozent aller Insolvenzen werden von Kleingewerbetreibenden gestellt – ein Zuwachs um 2,7 Prozentpunkte. Abgenommen hat hingegen der Anteil der GmbH-Insolvenzen – wie übrigens auch schon im Jahr zuvor: 37,5 Prozent der Konkurse im Jahr 2005 betreffen diese Rechtsform. Eine demgegenüber untergeordnete Bedeutung haben die Insolvenzen von Aktiengesellschaften – sie machen lediglich 0,7 Prozent des Insolvenzgeschehens aus (Vorjahr: 0,9 Prozent).

**Zunahme bei den
Insolvenzen kleiner Betriebe**

Tab. 12: Insolvenzen nach Rechtsformen 2005

■	West	Ost	Deutschland
freie Berufe	3,0 (2,6)	2,1 (2,4)	2,8 (2,6)
Kleingewerbetreibende	45,9 (43,3)	58,5 (55,6)	48,6 (45,9)
BGB-Gesellschaft	1,1 (1,2)	1,5 (1,6)	1,2 (1,3)
Einzelfirma	4,5 (4,6)	2,1 (1,8)	4,0 (4,0)
OHG	0,4 (0,4)	0,2 (0,3)	0,3 (0,4)
KG	0,6 (0,8)	0,4 (0,3)	0,6 (0,7)
GmbH & Co. KG	4,2 (4,4)	2,4 (2,1)	3,8 (3,9)
GmbH	39,2 (41,3)	31,4 (34,4)	37,5 (39,8)
AG	0,8 (1,0)	0,4 (0,4)	0,7 (0,9)
eG	0,0 (0,0)	0,2 (0,4)	0,1 (0,1)
eV	0,4 (0,5)	0,8 (0,8)	0,5 (0,6)

Quelle: Creditreform-Datenbank; Angaben in Prozent

Vor In-Kraft-Treten der Insolvenzordnung im Jahre 1999 wurden über 70 Prozent der Unternehmenskonkurse gar nicht erst eröffnet, weil die Kosten des Verfahrens nicht gedeckt waren. Inzwischen entwickeln sich die Eröffnungsquoten konstant nach oben – in Westdeutschland werden 2005 nur noch 36,2 Prozent aller Verfahren mangels Masse eingestellt, im Osten sind es 40,2 Prozent.

Tab. 13: Unternehmensinsolvenzen in Westdeutschland

■	Insolvenz- verfahren	mangels Masse eingestellt	
		absolut	in Prozent
1999	19.050	12.700	66,7
2000	18.120	10.102	55,8
2001	21.750	11.953	55,0
2002	26.550	10.930	41,2
2003	29.650	11.830	39,9
2004	30.080	11.550	38,4
2005 *)	28.700	10.400	36,2

*) von Creditreform geschätzt

Tab. 14: Unternehmensinsolvenzen in Ostdeutschland

■	Insolvenz- verfahren	mangels Masse eingestellt	
		absolut	in Prozent
1999	7.570	6.103	80,6
2000	9.810	6.400	65,2
2001	10.640	5.810	54,6
2002	11.070	6.280	56,7
2003	9.820	4.700	47,9
2004	9.190	4.110	44,7
2005 *)	9.200	3.700	40,2

*) von Creditreform geschätzt

Anzufügen bleibt, dass es bei der derzeitigen Stundungslösung, die auch Kleingewerbetreibenden, Freiberuflern und Einzelunternehmen zur Verfügung steht, eine Verfahrensablehnung mangels Masse gar nicht gibt, da natürlichen Personen – egal ob berufstätig oder nicht – die Verfahrenskosten gestundet werden können, um eine Verfahrenseröffnung zu erreichen. Bei den Kapitalgesellschaften hingegen wird jede Abweisung mangels Masse wegen des Verdachts der Insolvenzverschleppung an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet, weil die Verantwortlichen bei dieser Rechtsform verpflichtet sind, bereits bei Überschuldung der Gesellschaft einen Insolvenzantrag zu stellen und nicht erst bei Vorliegen einer Zahlungsunfähigkeit. Dies führt in vielen Fällen dazu, dass ein Massekostenvorschuss bei Gericht eingezahlt wird, um eine Eröffnung zu erlangen – die Mittel aber nicht weiter zur Befriedigung der Gläubiger reichen und das Verfahren

Nach der Eröffnung noch masseunzulänglich

wegen Masseunzulänglichkeit wieder eingestellt wird. Gegen die Anzeige der Masseunzulänglichkeit steht den Gläubigern kein Rechtsmittel zur Verfügung und auch das Gericht hat keine Prüfungskompetenz.

1.4 Insolvenzen und die Schäden

Die Forderungen, die unerfüllt bleiben, weil Unternehmen Insolvenz anmelden mussten, belaufen sich für das Jahr 2005 auf 37,5 Milliarden Euro und liegen damit 1,9 Milliarden Euro unter dem Niveau des Vorjahres. Zu erklären ist diese Entwicklung einerseits natürlich mit dem Rückgang der Insolvenzen, andererseits nahm der Anteil der Insolvenzen von Klein- und Mikrobetrieben zu, während Großbetriebe weniger von Insolvenzen betroffen waren.

Nach wie vor trifft es private Gläubiger weitaus härter als die Öffentliche Hand, wenn eine Unternehmung in Konkurs geht. Die privaten Schäden belaufen sich für 2005 auf 26,7 Milliarden Euro (Vorjahr: 27,5 Milliarden Euro), während öffentliche Gläubiger 10,8 Milliarden Euro (Vorjahr: 11,9 Milliarden Euro) offene Forderungen registrieren.

Schadensniveau leicht erholt

Tab. 15: Schäden durch Unternehmensinsolvenzen in Deutschland in Mrd. Euro

■	private Schäden	Öffentliche Hand	Gesamt
1999	17,9	9,7	27,6
2000	17,9	9,2	27,1
2001	22,0	10,3	32,3
2002	26,6	11,8	38,4
2003	27,9	12,6	40,5
2004	27,5	11,9	39,4
2005 *)	26,7	10,8	37,5

*) von Creditreform geschätzt

Das Statistische Bundesamt (Destatis) erfasst in den Insolvenzanträgen ebenfalls die voraussichtliche Forderungshöhe, die es zu befriedigen gilt. In den ersten acht Monaten des laufenden Jahres wurden Forderungen in Höhe von 16,2 Milliarden Euro geltend gemacht. Bei dieser Zahl ist jedoch zu beachten, dass längst

nicht alle Gläubiger ihre Forderungen bei den Gerichten anmelden.

Nicht unerwähnt bleiben dürfen im Zusammenhang mit den Insolvenzschäden die Angaben des Pensions-Sicherungs-Vereins (PSV) in Köln, der im Fall der Insolvenz des Arbeitgebers die Betriebsrenten weiter zahlt. Der PSV hat seinen Beitragssatz für das Jahr 2005 auf 4,9 Promille (Vorjahr: 3,6 Promille) festgesetzt. Der Beitragssatz wird bezogen auf die von den Arbeitgebern bis 30. September 2005 gemeldete Beitragsbemessungsgrundlage. Damit muss die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr deutlich mehr für die Pensionsversicherung insolventer Unternehmen aufbringen als im Vorjahr. Die Beitragserhöhung für 2005 beruht auf dem hohen Leistungsaufwand für Insolvenzen des Geschäftsjahres. Hierfür muss der PSV gut 900 Mio. Euro, das sind rund 500 Mio. Euro mehr als im Vorjahr, aufwenden. Grund für die Erhöhung war der „Eintritt eines Großschadens eines süddeutschen Bauunternehmens“, formulierte es Dr. Hermann Peter Wohleben, Vorstand des PSV. Die Walter-Bau-Pleite war die größte Insolvenz des Jahres 2005.

Erhöhte Anforderungen zur Sicherung der Pensionen

**Tab. 16: Private Verluste durch Unternehmensinsolvenzen
in Deutschland**

■	Forderungsverluste in Mrd. Euro	je Insolvenzfall in Euro
1999	17,9	672.000
2000	17,9	641.000
2001	22,0	679.000
2002	26,6	707.000
2003	27,9	707.000
2004	27,5	700.000
2005 *)	26,7	700.000

*) von Creditreform geschätzt

Bezieht man die Schadenshöhe auf die Zahl der Insolvenzen, erhält man die durchschnittliche Schadenssumme, die eine Unternehmensinsolvenz verursacht: Diese liegt mit 700.000 Euro pro Insolvenzfall auf dem Niveau des Vorjahres.

1.5 Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen

Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hatten im dritten Quartal 2005 rund 39,0 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Deutschland, das sind 25.000 Personen oder 0,1 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Der im Herbst übliche saisonale Anstieg der Erwerbstätigkeit gegenüber dem Vorquartal fiel im dritten Quartal 2005 mit einer Zunahme von 268.000 Personen stärker aus als im Jahr zuvor (plus 180.000 Personen). Auch saisonbereinigt kam es im dritten Quartal 2005 im Vergleich zum Vorquartal zu einem Anstieg der Erwerbstätigen um 93.000 Personen oder 0,2 Prozent.

Begünstigt wurde diese Entwicklung der Erwerbstätigkeit durch die Ein-Euro-Jobs, während die ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung keinen Zuwachs mehr zu verzeichnen hatte. Weiterhin deutlich rückläufig im Vorjahresvergleich war die Zahl der voll sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze.

Über eine halbe Million gefährdeter Arbeitsplätze

Tab. 17: Gesamtarbeitsplatzverluste insolventer Unternehmen in Deutschland

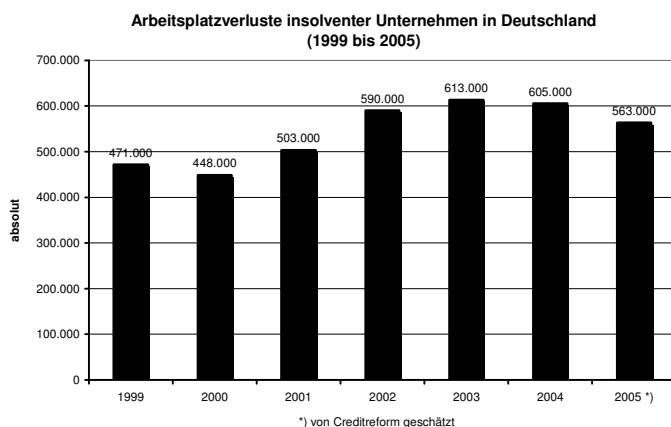
■	Anzahl der Personen	Veränderung in Prozent
1999	471.000	- 6,0
2000	448.000	- 4,9
2001	503.000	+ 12,3
2002	590.000	+ 17,3
2003	613.000	+ 3,9
2004	605.000	- 1,3
2005 *)	563.000	- 6,9

*) von Creditreform geschätzt

Die Zahl der insolvenzbedingten Gesamtarbeitsplatzverluste ist mit minus 6,9 Prozent rückläufig. Waren im vergangenen Jahr 605.000 Arbeitnehmer von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen, sind es aktuell 563.000 – dabei ist diese Zahl nicht als feste Größe zu verstehen: Unschärfen ergeben sich insbesondere aus der Tatsache, dass oft schon vor Eintritt der Insolvenz ein Stellenabbau betrieben wird, bzw. sich gerade Leistungsträger eine andere Beschäftigung suchen.

Auf der anderen Seite werden – etwa durch Auffanggesellschaften – Arbeitsplätze insolventer Unternehmen gerettet.

Die Bundesagentur für Arbeit publiziert die endgültig bewilligten Anträge auf Insolvenzgeld. Arbeitnehmer haben dann Anspruch auf Insolvenzgeld, wenn sie bei Eintritt der Insolvenz für die drei vorangegangenen Monate noch Anspruch auf nicht bezahlte Löhne und Gehälter haben. Von Januar bis Juli 2005 wurde 241.469 Antragstellern Insolvenzgeld bewilligt. Im selben Zeitraum des Vorjahres waren es 272.366 Bewilligungen – ein Rückgang von 11,3 Prozent.



1.6 Finanzierung und Insolvenzen

Insolvenzen sind ein Problem des Mittelstandes und zwar – wie die vorangegangenen Analysen im Hinblick auf Umsätze, Mitarbeiterzahlen und Rechtsformen deutlich machen – zunehmend ein Problem kleiner mittelständischer Betriebe.

Gerade in konjunkturell unsicheren Zeiten kommt der Finanzierung eine entscheidende Bedeutung in Bezug auf die Insolvenzprophylaxe mittelständischer Unternehmen zu. Traditionell finanzieren sich Mittelständler einerseits über einbehaltene Gewinne und andererseits über Bankkredite. Unternehmensanleihen, Mezzaninekapital, Beteiligungsfinanzierungen und Factoring haben dagegen (leider) nach wie vor eine untergeordnete Bedeutung; lediglich das Leasing findet

Ein Problem der Kleinbetriebe

Akzeptanz in der breiten mittelständischen Unternehmenslandschaft.

Der Ende der neunziger Jahre beginnende Wandel auf den Finanzmärkten schreitet zügig voran und hat erhebliche Auswirkungen auf die Finanzierung mittelständischer Betriebe gehabt – salopp: „Sie kamen schwerer an Geld“. In einer jüngst von der KfW publizierten Studie beklagen 42 Prozent der Unternehmen eine spürbar schwieriger gewordene Kreditaufnahme. Gründe für eine Kreditablehnung sind insbesondere unzureichende Sicherheiten und eine zu niedrige Eigenkapitalbasis. Die stärkere Risikoorientierung der Banken zwingt zu aussagekräftigerer Risikoanalyse, um die Berechnung risikoadäquater Finanzierungsbedingungen zu ermitteln.

Tab. 18: Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes im Verhältnis zu Bilanzsumme

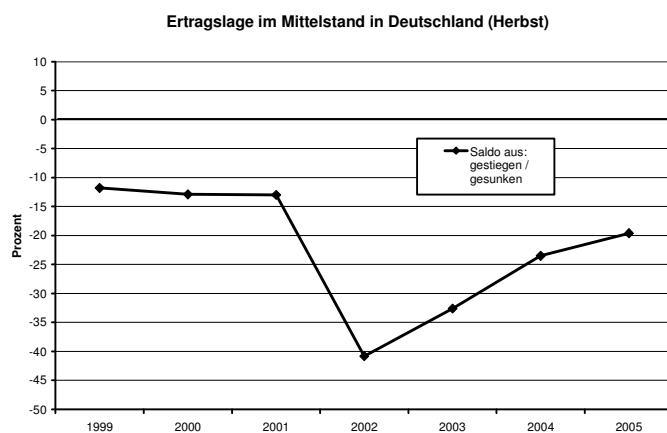
■	bis 10%	36,6 (36,0)
	bis 20%	26,0 (26,8)
	bis 30%	15,2 (17,4)
	über 30%	22,2 (19,9)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Eine zu schwache Eigenkapitalbasis ist bereits seit langem das Problem der kleinen und mittleren Betriebe in Deutschland. Vor wenigen Wochen befragte Creditreform mehr als 4.000 Unternehmen nach ihrer Eigenkapitalausstattung. 22,2 Prozent der Befragten gaben an, über mehr als 30 Prozent Eigenkapital im Verhältnis zu Bilanzsumme zu verfügen – 2,3 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Mit einer solch soliden Innenfinanzierungsbasis dürfte die Aufnahme eines Kredites in der Regel keine Schwierigkeiten bereiten. Zu beobachten ist allerdings auch, dass sich der Anteil an unterkapitalisierten Unternehmen im Jahresverlauf erhöht hat. Aktuell verfügen 36,6 Prozent der deutschen, mittelständischen Unternehmen über weniger als 10 Prozent Eigenkapital, was einer Zunahme von 0,6 Prozentpunkten im Jahresverlauf entspricht.

Spreizung der Eigenkapital-situation im Mittelstand

Eine Unterteilung nach großen und kleinen mittelständischen Unternehmen (Betriebe mit bis zu 10 Beschäftigten wurden als „klein“ eingestuft) untermauert die These von der vornehmlichen Insolvenzbetroffenheit kleiner Betriebe: Im Herbst 2005 waren nur 21,2 Prozent der kleinen Unternehmen, aber 23,4 Prozent der großen Mittelständler ausreichend mit Eigenkapital versorgt (mehr als 30 Prozent im Verhältnis zur Bilanzsumme). 39,7 Prozent der kleinen, aber nur 33,4 Prozent der großen Unternehmen verfügten über weniger als zehn Prozent Eigenkapital.



Wie aber soll man in wirtschaftlich schwierigen Zeiten an Eigenkapital kommen? Das Schaubild zur Ertragslage verdeutlicht, dass der Saldo aus gestiegenen und gesunkenen Gewinnen in Deutschland bereits seit sechs Jahren nicht mehr im positiven Bereich liegt. Die Mehrheit der befragten Unternehmen hat mit sinkenden Erträgen zu kämpfen und wird nur schwerlich Gewinne thesaurieren können. Positiv anzumerken ist indes, dass sich der Saldo seit dem Tiefpunkt im Jahr 2002, als er bei minus 40,8 Prozent lag, kontinuierlich nach oben entwickelt hat und aktuell bei minus 19,6 Prozent liegt.

Schwache Erträge, dürftiges Eigenkapital

Zu den externen Krisenursachen zählen auch durch Zahlungsausfälle, bzw. -verzögerungen ausgelöste Liquiditätsengpässe. Gerade kleine und mittlere Unternehmen haben infolge verspäteter Zahlungseingänge bzw. kompletter Forderungsausfälle Schwierigkeiten mit der Auftragsvorfinanzierung. Wenn dann die vorhandenen Kapitalreserven nicht ausreichen, den

unmittelbaren Finanzmittelbedarf zu decken, führt die so entstandene Krise in den wirtschaftlichen Exitus. Keine Verluste hatten im letzten halben Jahr lediglich 14,4 Prozent der mittelständischen Unternehmen hinzunehmen (Vorjahr: 14,5 Prozent). Dagegen stehen 18,5 Prozent der Unternehmen, die Forderungsverluste von mehr als einem Prozent im Verhältnis zum Umsatz aushalten mussten. Dieser Wert stieg im Jahresverlauf um 1,5 Prozentpunkte an.

Tab. 19: Durchschnittliche Forderungsverluste in Prozent zum Umsatz

■	bis 0,1	28,6 (26,6)
	bis 0,5	18,3 (23,6)
	bis 1,0	16,8 (16,1)
	über 1,0	18,5 (17,0)
	keine Verluste	14,4 (14,5)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Das Dilemma der deutschen KMU ergibt sich aus dem Zusammenspiel von rückläufigen Erträgen und Forderungsausfällen, verbunden mit einer schwachen Eigenkapitalausstattung und der schwierigen Beschaffung von Fremdmitteln. Eine nachhaltige Verbesserung des Finanzierungsklimas führt nur über die konsequente Förderung vor allem kleiner Betriebe, über eine deutliche Belebung der inländischen Nachfrage, aber auch über die Bereitschaft der Unternehmen, sich alternativen Finanzierungsformen zu öffnen und für mehr Transparenz zu sorgen, um die Kreditaufnahme zu erleichtern. Positiv anzumerken bleibt, dass Konsolidierungstendenzen sowohl in Bezug auf die Eigenkapitalausstattung als auch auf die Ertragssituation erkennbar sind. Diesen eingeschlagenen Weg gilt es, konsequent weiter zu beschreiten.

KMU fit machen

1.7 Große Firmeninsolvenzen

Der „Boom“ der großen Firmenzusammenbrüche, wie sie noch im Jahr 2002 die Medien und das öffentliche Interesse beherrschten, scheint vorbei zu sein. Im Jahr 2005 haben nur acht Unternehmen Insolvenz angemeldet, die mehr als 500 Mitarbeiter beschäftigten.

Dennoch sind mit „Walter Bau“, „Ihr Platz“ und „Agfa“ auch in diesem Jahr bekannte Traditionshäuser unter den großen Unternehmenspleiten.

Anfang Februar 2005 machte die Nachricht von der Insolvenz des drittgrößten Baukonzerns in Deutschland die Runde: Die **Walter Bau** AG aus Augsburg stellte einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Anfang April wurde das Verfahren eröffnet. 4.000 der knapp 10.000 Beschäftigten verlieren durch den Zusammenbruch ihren Arbeitsplatz. Etwa 2.700 ehemalige Walter-Mitarbeiter werden unmittelbar von einer Beschäftigungsgesellschaft übernommen und erhalten weitere sechs Monate ihren Lohn. Die österreichische Strabag-Holding will unter dem Dach der neu gegründeten Dywidag-Holding GmbH vier einstige Walter-Bau-Firmen und einige Baustellen übernehmen.

Die fünftgrößte Drogeriemarktkette „**Ihr Platz**“ hatte wegen drohender Zahlungsunfähigkeit Ende Mai einen Antrag auf Insolvenz in Eigenverwaltung gestellt. Ihr Platz war 1985 gegründet worden. „Wir haben die wesentlichen Probleme von Ihr Platz inzwischen im Griff“ behauptet Sankar Krishnan, Sprecher der Geschäftsführung des Unternehmens. Bis Weihnachten soll das Unternehmen aus der Insolvenz sein. Der US-Investor Goldman Sachs kaufte die Anteile der bisherigen Eigentümerfamilie Frömbling. Das Unternehmen trennte sich von 80 Filialen und besitzt jetzt – inklusive der Zweigstellen auf Franchise-Basis – 733.

Auf der Suche nach dem Investor

Das Insolvenzverfahren über **Agfa-Photo** wurde am ersten August eröffnet. Der 31. Dezember sei voraussichtliches Ende des über 100 Jahre alten Unternehmens, hieß es Ende Oktober aus Leverkusen, da mit den interessierten Bietern – etwa Cerberus und PhotoMe – keine Einigung erzielt werden konnte. Betroffen sind annähernd 1.800 Mitarbeiter, von denen etwa 700 bereits in eine Beschäftigungsgesellschaft übergewechselt sind. Mitte August 2004 hatte die belgische Agfa-Gevaert ihr defizitäres Fotogeschäft für 112 Millionen Euro an eine Investorengemeinschaft um Hartmut Emans verkauft. Doch der Trend zur digitalen Fotografie setzte dem traditionellen Fotopapiergeschäft

weitaus härter zu als erwartet. Schon nach wenigen Monaten waren sowohl das Eigenkapital von 300 Millionen Euro als auch die Barreserven von 72 Millionen Euro aufgezehrt.

Der traditionsreiche niederbayerische Textilhersteller **TWD** meldete Mitte Februar Insolvenz an. Die Zahlungsunfähigkeit betreffe die Konzernmutter, die TWD GmbH, teilte das Unternehmen mit. Die gesamte TWD-Gruppe hat 1.360 Beschäftigte, davon arbeiten rund 900 bei der Muttergesellschaft in Deggendorf. Der Konzernumsatz belief sich zuletzt auf rund 196 Millionen Euro. Die Niederlassungen und Zweigwerke in mehreren anderen Bundesländern und im Ausland sollen bislang von der Insolvenz nur zum Teil direkt betroffen sein. Auslöser der Insolvenz war, dass der Verkauf der Tochtergesellschaft TWD KUAG wegen fehlender Zustimmung des Bundeskartellamtes nicht vollzogen werden konnte.

Erhalt von Arbeitsplätzen

Ebenfalls innerhalb der ersten sechs Monate des laufenden Jahres meldete die auf die Entwicklung von Sonderfahrzeugen spezialisierte **pgam advanced-technologies** ihren Konkurs beim Amtsgericht in Osnabrück. 211 der insgesamt 856 Beschäftigten wurden freigestellt. Am 9. September 2005 wurde mit dem Insolvenzverwalter der pgam AG, Rechtsanwalt Klaus Niemeyer, ein Asset-Deal-Vertrag für die Unternehmen der Gesellschaft an den Standorten Georgsmarienhütte, Sindelfingen und Wolfsburg geschlossen. 244 Arbeitnehmer sollen übernommen werden. Ferner wurden die Anteile an den Tochtergesellschaften Indikar Individual Karosseriebau GmbH und pgam advanced technologies Ltd. Großbritannien übertragen. Käuferin ist die Farmingtons-Gruppe.

Die **FIP Finger & Pelz GmbH** aus Essen, die die Herstellung elektrischer Licht-, Nieder- und Hochspannungs-, Mess- und Regelanlagen sowie Fernmelde-, Radio- und Fernsichtanlagen betrieb, stellte ihre geschäftlichen Aktivitäten Anfang 2005 ein. Am 8. März wurde die Verfahrenseröffnung mangels Masse abgelehnt und am 27. Juli wurde die Gesellschaft aufgelöst. Betroffen sind etwa 750 Beschäftigte.

Auf Platz sieben des Insolvenzrankings werden die Folgen der Produktionsverlagerung in den Osten offensichtlich: Die **EKER GmbH** aus Adelsdorf betrieb die Herstellung und den Handel mit elektronischen Baugruppen. Über das Unternehmen, das seit Beginn des Jahres 2004 nur noch in Tschechien produzierte, wurde Mitte Februar das Insolvenzverfahren eröffnet. Betroffen sind 650 Beschäftigte – allerdings ausschließlich in Tschechien.

Die Insolvenz der **BS-Baugeräte-Service GmbH&Co. KG** ist eine direkte Folge der Walter-Bau-Pleite. Gesellschafter der GmbH waren neben Walter Bau auch die Ed. Züblin Aktiengesellschaft aus Stuttgart. Das Mitte März beantragte Verfahren ist mittlerweile eröffnet.

Tab. 20: Große Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2005

■	Unternehmen	Geschäftszweck
	Walter Bau AG, Augsburg	Hoch- und Tiefbau
	„Ihr Platz“ GmbH & Co. KG, Osnabrück	Einzelhandel mit Drogerieartikeln
	AgfaPhoto GmbH, Leverkusen	Herstellung von fotochemischen Erzeugnissen, Großhandel mit feinmechanischen, Foto- und optischen Erzeugnissen
	TWD GmbH, Deggendorf	Nähgarnfertigung, Herstellung von Mineralerzeugnissen a. n. g., Baumwollaufbereitung und -spinnerei
	pgam advanced technologies AG, Georgsmarienhütte	Ingenieurbüros für technische Fachplanung
	FIP Finger & Pelz GmbH, Essen	Elektroinstallation
	EKER GmbH, Adelsdorf	Herstellung von Büromaschinen, Großhandel mit elektronischen Erzeugnissen und Zubehör ohne ausgeprägten Schwerpunkt
	BS-Baugeräte-Service GmbH & Co. KG, Augsburg	Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen, Herstellung von Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen, Herstellung von Bergwerks- Bau- und Baustoffmaschinen

Quelle: Creditreform-Datenbank

Nicht unerwähnt bleiben dürfen zwei spektakuläre Unternehmensinsolvenzen, die zwar keine hohe Mitarbeiterfreisetzung zur Folge hatten, aber beträchtliche Schadenssummen verursachten. Die Rede ist von der **Phoenix Kapitaldienst GmbH** und den **Falk-Fonds**. Phoenix hatte den Anlegern gegenüber Gewinne ausgewiesen, die nie erzielt worden sind. Der Insolvenzverwalter Frank Schmitt geht von einem Schaden von

800 Millionen Euro aus. Nach Eröffnung des Verfahrens am 1. Juli müssen nun alle 30.000 Anleger angeschrieben werden – die Verfahrensdauer wird auf fünf Jahre geschätzt.

Der einstmals größte Anbieter geschlossener Immobilienfonds Falk sammelte über die Jahre hinweg bei rund 32.000 Anlegern etwa drei Milliarden Euro ein. In die Krise geriet die Fondsinitiatoren-Gruppe im vergangenen Jahr. Das Neugeschäft brach ein, weshalb Anlegern versprochene Mietgarantieleistungen nicht mehr gezahlt werden konnten. Anfang April beantragten vier Falk-Gesellschaften Insolvenz. Insolvenzverwalter Josef Nachmann stellte Mitte Juli fest, dass etwa die Hälfte der Falk-Fonds wirtschaftliche Probleme hätten und fünf insolvenzgefährdet seien.

Finanzdienstleister in der Krise

■ 2 Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen

2.1 Gründungsbilanz

Die Zahl der Neugründungen hat sich im Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr verringert. Die Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung rechnet für das Jahr 2005 mit 910.500 Gewerbeanmeldungen, im Vorjahr waren es noch 960.500. Zu dem Rückgang bei den Neueintragungen kommt ein Anstieg bei den Abmeldungen: Mit einer erwarteten Zahl von 694.900 werden im Jahr 2005 2,6 Prozent mehr Unternehmen aus den Registern gelöscht. Entsprechend liegt der Saldo aus An- und Abmeldungen um 23,8 Prozent niedriger als im Vorjahr.

Tab. 21: Gründungsbilanz 2005 *) für Gesamtdeutschland

■	Anmeldungen	Veränd. in Prozent	Abmeldungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	806.600 (862.200)	- 6,4	627.900 (613.300)	+ 2,4
Handels- register:	103.900 (98.300)	+ 5,7	67.000 (64.300)	+ 4,2
Gesamt:	910.500 (960.500)	- 5,2	694.900 (677.600)	+ 2,6
Saldo:	215.600 (282.900)	-23,8		

*) Creditreform-Schätzung; () = 2004

Ende des Gründungsbooms

Der Rückgang bei den Neugründungen fällt in Westdeutschland mit minus 4,3 Prozent geringer aus als im gesamtdeutschen Durchschnitt, während die Steigerungsrate bei den Abmeldungen im Westen mit nur 1,6 Prozent niedriger ist. Auffallend sind die hohen Zuwächse bei den Löschungen aus den westdeutschen Handelsregistern: Im Jahr 2005 werden 8,8 Prozent mehr Unternehmen aus den Registern gestrichen. Per Saldo sind dort 175.500 Unternehmen hinzugekommen. Das sind 19,2 Prozent weniger als im Vorjahr.

Tab. 22: Gründungsbilanz 2005 *) für Westdeutschland

■	Anmeldungen	Veränd. in Prozent	Abmeldungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	643.100 (680.900)	- 5,6	500.500 (496.400)	+ 0,8
Handels- register:	87.100 (82.400)	+ 5,7	54.200 (49.800)	+ 8,8
Gesamt:	730.200 (763.300)	- 4,3	554.700 (546.200)	+ 1,6
Saldo:	175.500 (217.100)	- 19,2		

*) Creditreform-Schätzung; () = 2004

In Ostdeutschland gehen die Neugründungen etwas stärker zurück als in Westdeutschland. Gleichzeitig liegt die Steigerungsrate bei den Abmeldungen etwas höher. Eine Ausnahme sind die Löschungen aus den ostdeutschen Handelsregistern. Hier gab es – entgegen dem gesamtdeutschen Trend – einen Rückgang der Abmeldungen gegenüber dem Vorjahr um 11,7 Prozent. Geringere Neugründungen bei steigenden Abmeldungen führen dazu, dass der Saldo aus An- und Abmeldungen in Ostdeutschland sich um fast 40 Prozent verringert.

Rückgang im Osten stärker

Tab. 23: Gründungsbilanz 2005 *) für Ostdeutschland **)

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	163.500 (181.300)	- 9,8	127.400 (117.000)	+ 8,9
Handels- register:	16.800 (15.900)	+ 5,7	12.800 (14.500)	- 11,7
Gesamt:	180.300 (197.200)	- 8,6	140.200 (131.500)	+ 6,6
Saldo:	40.100 (65.700)	- 39,0		

*) Creditreform-Schätzung; () = 2004; **) inkl. West-Berlin

Bei den Neugründungen hat sich der bereits zum Halbjahr erkennbare Trend bestätigt, dass sich – trotz einer geringeren Zahl von Neueintragungen im Gewerbe-Register – mehr Unternehmen ins Handelsregister eingetragen haben. Während die Zahl der Neugründungen insgesamt um 5,2 Prozent sinkt, steigen die Handelsregistereinträge um 5,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dies kann im Zusammenhang mit einer Abschwächung bei Kleinstgründungen und Ich-AGs gesehen werden. Laut Arbeitsmarktstatistik lag die Zahl der Neubewilligungen von Januar bis Oktober 2005 um 34,9 Prozent unter dem Vorjahreswert. Wie es mit dem Instrument der Ich-AG weiter geht, ist derzeit noch unklar. Der kürzlich ausgehandelte Koalitionsvertrag sieht vor, dass der Existenzgründungszuschuss zunächst bis zum 30.06.2006 verlängert wird und danach unter Einbeziehung des Überbrückungsgeldes in ein neues Instrument der Existenzgründung aus Arbeitslosigkeit überführt wird.

Tab. 24: Gründungsgeschehen von 1999 bis 2005 *) in Deutschland

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
1999	781.000	707.000	74.000
2000	755.000	663.000	92.000
2001	729.000	645.000	84.000
2002	723.000	646.000	77.000
2003	809.000	643.000	166.000
2004	960.500	677.600	282.900
2005 *)	910.500	694.900	215.600

*) von Creditreform geschätzt

Ein Blick auf die langfristige Entwicklung des Gründungsgeschehens deutet darauf hin, dass der Gründungsboom der vergangenen Jahre seinen Zenit überschritten hat. Ausgelöst durch Maßnahmen wie die Ich-AG und die Liberalisierung der Handwerksordnung, stieg die Zahl der neu gegründeten Unternehmen von 723.000 im Jahr 2002 bis auf 960.500 in 2004. Im aktuellen Jahr fallen die Neuzugänge gegenüber dem Vorjahr um 50.000. Ob die Zahl der Neugründungen wieder auf das Niveau der Jahre vor dem Gründungsboom zurückgeht oder sich dauerhaft auf einem höheren Niveau entwickelt, bleibt abzuwarten.

Gründung dauert zu lange

Immerhin stellte die Weltbank in der veröffentlichten Bürokratievergleichsstudie „Doing Business in 2006“ fest, dass sich die Rahmenbedingungen für Gründer in Deutschland in den vergangenen Jahren stark verbessert haben. Allerdings bleibt Deutschland weiter deutlich hinter den „Musterschülern“ wie Neuseeland oder Kanada zurück. So müssen der Studie zufolge in Deutschland zur Gründung eines Unternehmens neun Schritte durchlaufen werden, in Neuseeland sind es lediglich zwei. Außerdem ist der Zeitbedarf in Deutschland immer noch höher als in anderen Ländern: Während man in Kanada zur Firmengründung lediglich drei Tage benötigt, sind es Deutschland immer noch 24.

Dass eine weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für Gründer notwendig ist, meint auch Michael Klein, Ökonom bei der Weltbank: „Eine Unternehmensgründung ist ohnehin ein Sprung ins Ungewisse. Regierungen sollten hierzu ermutigen und keine unnötigen Steine in den Weg legen“, sagte er am 13. September 2005 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Auch die große Koalition hat sich vorgenommen, Existenzgründungen zu erleichtern. So sind laut Koalitionsvertrag die Schaffung von One-Stop-Anlaufstellen, eine Befreiung von Statistikpflichten, sowie ein Anheben der Buchführungsgrenze von 350.000 auf 500.000 Euro Umsatz geplant.

„Sprung ins Ungewisse“

Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt zu dem Ergebnis, dass eine Verbesserung der Rahmenbedingungen allein nicht aus-

reicht, die Gründungsaktivitäten in Deutschland zu verbessern. Demnach sind nicht nur die politischen und konjunkturellen Rahmenbedingungen, sondern auch subjektive Wahrnehmungen und Einstellungen der Menschen entscheidend für das Gründungsverhalten. Das schwer kalkulierbare Risiko, der zitierte „Sprung ins Ungewisse“, hält viele potenzielle Gründer von ihrem Vorhaben ab. Für den Gründer ist es schwierig, die Chancen und Risiken richtig abzuschätzen. Einerseits locken finanzielle Gewinne, Unabhängigkeit und Selbstverwirklichung. Andererseits sind die Sterblichkeitsraten bei Neugründungen hoch. Dabei schreckt nicht nur die Gefahr für die Schulden und Zahlungsverpflichtungen eines gescheiterten Unternehmens mit dem Privatvermögen zu haften viele potenzielle Gründer ab, sondern auch die gesellschaftlichen Konsequenzen eines Scheiterns. So gaben 46,3 Prozent der Befragten in Deutschland an, dass dieses Risiko zu scheitern sie davon abhält, ein Unternehmen zu gründen. In den USA betrug dieser Anteil lediglich 19 Prozent. Die DIW-Studie kommt deshalb zu dem Ergebnis, dass „das Gründungsniveau in Deutschland deutlich höher wäre, wenn die Menschen weniger Angst vor dem Scheitern hätten und über mehr Optimismus und Selbstvertrauen verfügen würden.“

Angst vor der Pleite

2.2 Wirtschaftsaktivität und Beschäftigung

Es ist anzunehmen, dass von den 910.500 im Jahr 2005 in die Register eingetragenen Unternehmen viele Betriebe nur geringe oder gar keine Wirtschaftsaktivität aufweisen. Deshalb überprüft Creditreform in der Creditreform-Wirtschaftsdatenbank die Neueintragungen auf Geschäftsverbindung, Kreditwürdigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen. Weist ein Unternehmen eines dieser Merkmale auf, kann daraus geschlossen werden, dass es tatsächlich wirtschaftsaktiv ist. Für das Jahr 2005 können 155.000 Unternehmen (125.000 in Westdeutschland, 30.000 in Ostdeutschland) als wirtschaftsaktive Neugründungen identifiziert werden (Vorjahr: 165.000). Davon sind fast 60 Prozent Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor.

Tab. 25: Wirtschaftaktive Neugründungen in Deutschland im Jahr 2005

■	Wirtschaftsaktive Neugründungen (absolut)
Verarbeitendes Gewerbe	6.100 (6.600)
Baugewerbe	12.500 (14.900)
Handel	46.600 (51.200)
Dienstleistungen	89.800 (92.300)
Gesamt	155.000 (165.000)

*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank

Neben Impulsen für Innovationen, Wettbewerb und Wachstum, gehen von Unternehmensgründungen positive Arbeitsmarkteffekte aus. Ein neu errichtetes, wirtschaftsaktives Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes schafft im Durchschnitt etwa vier Arbeitsplätze, Betriebe aus dem Bau oder dem Handel zwei und Dienstleister einen neuen Arbeitsplatz. Hier spielt eine Rolle, dass gerade im Dienstleistungsbereich viele Unternehmen vom Gründer allein betrieben werden und somit nur einen oder, wenn das Unternehmen im Nebenerwerb betrieben wird, sogar weniger als einen Arbeitsplatz schaffen. Im Jahr 2005 kann davon ausgegangen werden, dass durch die 155.000 wirtschaftsaktiven Neugründungen 232.400 neue Arbeitsplätze entstehen (Vorjahr: 250.900).

Tab. 26: Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze durch wirtschaftsaktive Betriebe 2005 in Deutschland

■	Zahl der Beschäftigten *)	
Verarb. Gewerbe	4 x 6.100	24.400
Baugewerbe	2 x 12.500	25.000
Handel	2 x 46.600	93.200
Dienstleistungen	1 x 89.800	89.800
Gesamt	155.000	232.400

*) gerundet

Im diesjährigen KfW-Gründungsmonitor wurde untersucht, welche weiteren Faktoren die Gründungsgröße, also die Zahl der Beschäftigten bei Unternehmensgründung bestimmen. Dabei zeigte sich, dass große Gründungen vor allem von Gründern vorgenommen werden, die vor ihrem Wechsel in die Selbständigkeit

Junge Unternehmen schaffen Arbeitsplätze

eine relativ hohe berufliche Stellung innehatten, während von Gründungen aus der Arbeitslosigkeit deutlich geringere Beschäftigungswirkungen ausgehen.

Die positiven Beschäftigungseffekte von Gründungen beschränken sich nicht nur auf den Akt der Gründung selbst. In den ersten fünf Jahren haben junge Unternehmen nicht nur ein hohes Sterblichkeitsrisiko, sondern verfügen auch über ein dynamisches Beschäftigungswachstum. Der Lüneburger Mittelstandsexperte Joachim Wagner forderte deshalb am 11.10.2005 im Handelsblatt ein „Jugendschutzgesetz“ für Betriebe, welches junge Unternehmen, beispielsweise durch die Aussetzung bestimmter Regulierungen in den ersten sechs Jahren begünstigt, um so die Überlebens- und Wachstumswahrscheinlichkeit von Gründungen zu erhöhen.

2.3 Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen und Bundesländern

Ein Blick auf die Neueintragungen ins Handelsregister ermöglicht eine weitere Differenzierung der Gründungen nach Branchen. Über 70 Prozent der Anmeldungen beim Handelsregister entfallen im Jahr 2005 auf Dienstleistungsbetriebe, wobei den unternehmensnahen Dienstleistern mit Abstand die größte Bedeutung zukommt. Es folgen die Handelsunternehmen mit einem Anteil an den Eintragungen ins Handelsregister von etwa 20 Prozent. Der Anteil der Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe und der Bauindustrie liegt jeweils unter vier Prozent.

Tab. 27: Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen 2005

■	Westdeutschland		Ostdeutschland		Gesamtdeutschland	
	Absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil
Land- u. Forstwirtsch. / Fischerei u. Fischzucht, Bergbau. u. Gewinn. v. Steinen u. Erden	7	0,01	6	0,04	13	0,01
Verarbeitendes Gewerbe	2.474	2,84	522	3,11	2.996	2,88
Energie u. Wasser - Versorgung	1.013	1,16	228	1,36	1.241	1,19
Baugewerbe	2.563	2,94	782	4,66	3.345	3,22
Kfz-Handel	1.210	1,39	287	1,71	1.497	1,44
Groß- u. Einzelhandel	17.294	19,86	3.155	18,79	20.449	19,69
Gastgewerbe	1.182	1,36	295	1,76	1.477	1,42
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	1.987	2,28	293	1,74	2.280	2,20
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	235	0,27	26	0,15	261	0,25
Grundstücks- u. Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen	1.854	2,13	324	1,93	2.178	2,10
Datenverarbeitung u. Datenbanken	1.569	1,80	213	1,27	1.782	1,72
Forschung u. Entwicklung	2	0,00	4	0,02	6	0,01
unternehmensnahe Dienstleistungen	54.504	62,60	10.403	61,94	64.907	62,49
sonstige persönliche Dienstleistungen (Wäscherei, Frisöre, Bestattungswesen etc.)	1.176	1,35	256	1,52	1.432	1,38
Summe	87.070	100,00	16.794	100,00	103.864	100,00

Bei den Neueintragungen nach Bundesländern liegt im Jahr 2005 Berlin mit einem Zuwachs von 18,1 Prozent an der Spitze. Den zweiten Platz belegt Brandenburg mit einem Anstieg von immerhin noch 13,6 Prozent. Am unteren Ende der Tabelle stehen Sachsen-Anhalt und Bremen. Hier nahmen die Eintragungen ins Handelsregister um 20,2 bzw. 13,4 Prozent ab. In absoluten Zahlen entfallen die meisten Neueintragungen auf die wirtschaftsstarke westdeutschen Flächenländer. In Nordrhein-Westfalen sind im Jahr 2005 23.730 Unternehmen ins Handelsregister eingetragen worden. Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 1,2 Prozent. In Bayern beträgt die Zahl der Unter-

Zuwachs in Berlin

nehmensneueintragungen 17.786. Der relative Zuwachs war hier mit 11,5 Prozent deutlich größer. Betrachtet man die Salden aus Handelsregisterneueintragungen und -lösungen, dann verdrängt überraschenderweise Niedersachsen Baden-Württemberg vom dritten Platz.

Tab. 28: Unternehmensneueintragungen und -lösungen nach Bundesländern 2005

■	Neueintragungen		Löschungen	Saldo
	absolut	Veränderung zu 2004		
Baden-Württemberg	11.120	+ 1,1%	6.911	4.209
Bayern	17.786	+ 11,5%	9.053	8.733
Berlin	5.902	+ 18,1%	4.293	1.609
Brandenburg	2.694	+ 13,6%	1.787	907
Bremen	1.193	- 13,4%	800	393
Hamburg	5.245	+ 10,8%	2.764	2.481
Hessen	9.162	+ 3,6%	6.657	2.505
Mecklenburg-Vorp.	1.400	- 11,9%	996	404
Niedersachsen	9.787	+ 11,8%	5.204	4.583
Nordrhein-Westfalen	23.730	+ 1,2%	17.004	6.726
Rheinland-Pfalz	3.794	+ 6,4%	2.477	1.317
Saarland	1.011	+ 9,5%	926	85
Sachsen	3.489	+ 12,5%	2.985	504
Sachsen-Anhalt	1.740	- 20,2%	1.410	330
Schleswig-Holstein	4.242	+ 13,5%	2.435	1.807
Thüringen	1.569	- 6,4%	1.281	288
Gesamt	103.864	+ 5,7%	66.983	36.881

Das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn hat ein Ranking aller 439 Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands zum regionalen Gründungsgeschehen gebildet. Auf der Ebene der Bundesländer ergab sich, dass die Länder Hessen, Schleswig-Holstein, Bayern und Rheinland-Pfalz, sowie die Stadtstaaten Berlin und Hamburg ein deutlich besseres Klima für Selbstständigkeit und Unternehmertum aufwiesen, als die anderen Bundesländer.

Festzuhalten bleibt, dass im Jahr 2005 die Gründungszahlen erstmals seit drei Jahren wieder rückläufig sind. Der Gründungsboom scheint seinen Zenit

überschritten zu haben. Trotzdem sind die Handelsregisterneueintragungen um 5,7 Prozent gestiegen. Dieser Trend, Unternehmen auf eine solidere Basis zu stellen, sollte von der Politik unterstützt werden ohne diese Basis, etwa durch Herabsetzung des Stammkapitals der GmbH, auszuhöhlen.

■ 3 Zusammenfassung

37.900 Unternehmen mussten im Jahr 2005 einen Insolvenzantrag bei Gericht stellen – das sind 1.370 oder 3,5 Prozent weniger als 2004. Insgesamt steigen die Insolvenzen jedoch auf einen neuen Höchststand an: 136.300 Fälle sind im Gesamtjahr zu beklagen – 15,3 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Verursacht wird die Steigung von den Privatpersoneninsolvenzen: 66.400 Verbraucher (plus 35,2 Prozent) und 32.000 sonstige Insolvenzen sind zu zählen. Zu den sonstigen Insolvenzen zählen überschuldete Nachlässe, Stiftungen und Vereine sowie die Insolvenzen von ehemals selbstständigen Personen.

Erstmals seit fünf Jahren verzeichnen die westdeutschen Unternehmen einen Rückgang der Insolvenzen: Um 4,6 Prozent sank das Aufkommen auf insgesamt 28.700 Fälle. Insgesamt legten die Insolvenzen in Westdeutschland um 13,8 Prozent auf 103.200 Fälle zu. 51.900 Verbraucher- (plus 24,1 Prozent) und 22.600 sonstige Insolvenzen (plus 20,3 Prozent) registrierten die Gerichte in Deutschland.

Ostdeutschland verzeichnet bei den Unternehmensinsolvenzen eine entgegen gesetzte Entwicklung: In den Jahren 2003 und 2004 war ein Rückgang der Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen – aktuell nehmen sie wieder zu. Um 0,1 Prozent auf 9.200 betroffene Betriebe stiegen die Unternehmenskonkurse in 2005 an (Vorjahr: 9.190). Die Verbraucherkonkurse nehmen demgegenüber deutlich zu: Um 99,2 Prozent auf 14.500 Insolvenzen stiegen sie im Jahresverlauf an. Bei den sonstigen Insolvenzen ist hingegen ein Rückgang (um 15,4 Prozent) auf 9.400 Betroffene zu konstatieren.

Das Verarbeitende Gewerbe zeigt den größten Rückgang der Insolvenzen bei den betrachteten Hauptwirtschaftsbereichen: Um 8,3 Prozent sank hier das Insolvenzaufkommen auf insgesamt 2.990 betroffene Firmen (Vorjahr: 3.260). Auch der Bau verzeichnet erfreulicherweise überdurchschnittliche Rückgänge von 6,1 Prozent auf 7.450 Insolvenzen (Vorjahr: 7.930). Dem Trend entgegen verläuft die Entwicklung der Handelsbetriebe – hier sind nach wie vor Zuwächse zu verzeichnen: Meldeten im Jahr 2004 noch 9.330 Handelsbetriebe ihren wirtschaftlichen Zusammenbruch den Gerichten, sind es aktuell 9.380 (plus 0,5 Prozent). Bei Betrachtung der relativen Insolvenzbetroffenheit relativieren sich die guten Ergebnisse der Baubetriebe wieder: Von 10.000 existenten Unternehmen aus dem Baugewerbe mussten 2005 235 Konkurs anmelden. Im Verarbeitenden Gewerbe sind es lediglich 82, bei den Dienstleistern 118 und im Handel 134. Im Durchschnitt aller Branchen liegt die Risikoquote bei 130 Pleiten pro 10.000 Betrieben.

Den größten Anteil am Insolvenzaufkommen haben Betriebe mit einem jährlichen Umsatzvolumen zwischen 500.000 und 5,0 Millionen Euro. 2005 meldeten 12.740 Unternehmen dieser Umsatzgrößenklasse Insolvenz an, das sind 33,6 Prozent des gesamten Insolvenzaufkommens (Vorjahr: 34,7 Prozent). Zugenommen hat der Anteil an Mikrobetrieben mit weniger als 100.000 Euro Umsatz pro Jahr, und zwar von 18,4 Prozent im Jahr 2004 auf aktuell 20,3 Prozent. Insolvenzgefährdet sind Betriebe insbesondere die ersten sechs Jahre nach ihrer Gründung. 45,5 Prozent der Unternehmenskonkurse werden von Unternehmen beantragt, die jünger als sechs Jahre sind. Im letzten Jahr waren es 1,3 Prozentpunkte mehr. Parallel zur Insolvenzentwicklung in den Umsatzgrößenklassen verläuft auch die Entwicklung in den Beschäftigtengrößenklassen. Der Insolvenzanteil der Unternehmen mit bis zu fünf Beschäftigten stieg im Jahresverlauf um 1,6 Prozentpunkte auf 75,2 Prozent. Abgenommen hat hingegen der Anteil der Beschäftigtengrößenklasse von über 100 Personen und zwar um 0,2 Prozentpunkte auf 0,7 Prozent. Unterteilt man die Unternehmensinsolvenzen auf die verschiedenen Rechtsformen, do-

minieren die Kleingewerbetreibenden das Insolvenzgeschehen: 48,6 Prozent aller Insolvenzen werden von Kleingewerbetreibenden gestellt, binnen Jahresfrist stieg dieser Anteil um 2,7 Prozentpunkte. Der Anteil der GmbH-Insolvenzen ist hingegen rückläufig: Machten sie im vergangenen Jahr noch 39,8 Prozent des Insolvenzgeschehens aus, sind es aktuell nur noch 37,5 Prozent.

Die Unternehmensinsolvenzen verursachen Schäden von insgesamt 37,5 Milliarden Euro. Im Jahr zuvor lag die Schadenshöhe bei 39,4 Milliarden Euro. Private Gläubiger sehen sich offenen Forderungen in Höhe von 26,7 Milliarden Euro (Vorjahr: 27,5 Milliarden Euro) ausgesetzt, die Öffentliche Hand trifft es mit 10,8 Milliarden Euro (Vorjahr: 11,9 Milliarden Euro) deutlich weniger. Die durchschnittliche Schadenssumme, die eine Insolvenz verursacht, hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert: Forderungsverluste von 700.000 Euro sind pro Insolvenzfall zu beklagen. Die Zahl der insolvenzbedingten Gesamtarbeitsplatzverluste ist mit minus 6,9 Prozent deutlich rückläufig. Waren im vergangenen Jahr noch 605.000 Arbeitnehmer von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen, sind es aktuell nur noch 563.000.

Die Eigenkapitalsituation hat sich im Laufe des letzten Jahres leicht verbessert: 22,2 Prozent der mittelständischen Betriebe verfügen über mehr als 30 Prozent Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme und sind damit ausreichend kapitalisiert. Im vergangenen Herbst waren es nur 19,9 Prozent. Es zeigt sich allerdings auch, dass der Anteil unterkapitalisierter Betriebe (weniger als zehn Prozent haftendes Eigenkapital) leicht um 0,6 Prozentpunkte auf nunmehr 36,6 Prozent zugenommen hat.

Die Zahl der Unternehmen, die Forderungsverluste von mehr als einem Prozent im Verhältnis zum Umsatz hinnehmen mussten, ist gestiegen: Erlitten im vergangenen Jahr 17,0 Prozent der Unternehmen Forderungsverluste in der beschriebenen Höhe, sind es aktuell 18,5 Prozent. Keine Verluste hatten lediglich 14,4

Prozent der Unternehmen hinzunehmen – 0,1 Prozentpunkte weniger als im Herbst 2004.

Der „Boom“ der großen Firmenzusammenbrüche scheint vorüber – lediglich acht Unternehmen, die mehr als 500 Mitarbeiter beschäftigten, mussten im laufenden Jahr aufgeben. Allen voran ist die Insolvenz des „Walter-Bau-Konzerns“ zu nennen, die Ende Februar die Medien und Öffentlichkeit aufschreckte. Es folgten die Insolvenzen von „Ihr Platz“ und „Agfa“. Auf Platz vier liegt der niederbayerische Textilhersteller „TWD“. Platz fünf und sechs belegen die „pgam advanced technologies“ und die Insolvenz der „FIP Finger & Pelz GmbH“ aus Essen. Die „EKER GmbH“ aus Adelsdorf betrieb die Herstellung und den Handel mit elektronischen Baugruppen und musste Mitte Februar einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens stellen. Die Pleite der „BS-Baugeräte-Service GmbH & Co. KG“ ist eine unmittelbare Folge der Walter-Bau-Insolvenz.

Weniger Mitarbeiterverluste aber hohe Schadenssummen verursachten die Heimgänge der „Phoenix Kapitaldienst GmbH“ und der „Falk-Fonds“, weshalb sie hier Erwähnung finden.

Die Zahl der Neugründungen ist erstmals seit Jahren wieder rückläufig. Insgesamt wurden im Jahr 2005 910.500 Gewerbe angemeldet. Das sind 50.000 oder 5,2 Prozent weniger als vor einem Jahr. Während die Zahl der Gewerbebeanmeldungen insgesamt sinkt, nimmt die Zahl der Neueintragungen beim Handelsregister zu. Die Handelsregisteranmeldungen verzeichnen einen Zuwachs von 5,7 Prozent.

Die Zahl der Löschungen steigt von 677.600 im vergangenen Jahr auf 694.900. Das bedeutet eine Steigerung um 2,6 Prozent. Weniger Neugründungen bei gestiegenen Löschungen haben zur Folge, dass der Saldo aus An- und Abmeldungen um 23,8 Prozent auf 215.600 fällt (Vorjahr: 282.900).

Die Zahl der Neugründungen mit Wirtschaftsaktivität geht gegenüber dem Vorjahr um 10.000 zurück und

beträgt in diesem Jahr 155.000. Die Zahl durch Neugründungen entstehender Arbeitsplätze verringert sich entsprechend auf 232.400 (250.900).

Die meisten neu gegründeten Unternehmen sind Dienstleistungsbetriebe. Bei den Handelsregistereinträgen des Jahres 2005 kommen sie auf einen Anteil von über 70 Prozent, etwa 20 Prozent sind Handelsbetriebe, weniger als 10 Prozent entfallen auf das Verarbeitende Gewerbe und die Bauindustrie. Mit Abstand die meisten Gründungen finden in den wirtschaftsstarken westdeutschen Flächenländern Nordrhein-Westfalen (23.730), Bayern (17.786) und Baden-Württemberg (11.120) statt.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung
Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171
Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2005, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 29. November 2005